

## **Antrag**

**der Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse, Detlef Ehlebracht, Andrea Oelschlaeger, Dirk Nockemann, Dr. Ludwig Flocken, Dr. Bernd Baumann, Dr. Joachim Körner und Dr. Alexander Wolf (AfD)**

**Betr.: Ein erfolgreiches Referendum erfordert gut informierte Bürger**

Der Hamburger Senat hat nunmehr am 8. Oktober sein Zahlenwerk für die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg im Jahr 2024 vorgelegt.

Dies ist lediglich ein dringend notwendiger Anfang zur vollumfänglichen Information der Bürger Hamburgs, damit diese in einem Referendum über Olympia gut und objektiv informiert abstimmen können.

Die in dem Finanzreport vom Hamburger Senat aufgeführten Zahlen und Sachverhalte sind nun durch Bürgerschaft, Rechnungshof und weitere Institutionen auf Validität sorgfältig zu prüfen. Dies hat nach Ansicht der AfD zwingend durch einen externen, neutralen Dienstleister, beauftragt durch Senat und Bürgerschaft, zu geschehen. Die Ergebnisse sind zu publizieren und öffentlich zu diskutieren. Dies benötigt Zeit. Darüber hinaus fehlt bis zum heutigen Tage eine verbindliche Kosten-Nutzen-Analyse sowie die verbindliche Zusage des Bundes, welche Kosten dieser beabsichtigt zu übernehmen. Bürgermeister Olaf Scholz hat für den Hamburger Senat erklärt, dass für das Land Hamburg eine „Rote Linie“ bei einem Gesamtzuschuss aus Hamburger Steuermitteln bei 1,2 Milliarden Euro gezogen wird.

Mehr Aufwendungen wird Hamburg demnach für die wünschenswerte Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele nicht investieren wollen und können. Alle darüber hinausgehenden Kosten (dies sind nach derzeitigen Prognosen über 6 Milliarden Euro) muss der Bund übernehmen. Eine Klärung beziehungsweise Einigung zwischen dem Bund und dem Land Hamburg wird bis zum 29. November höchstwahrscheinlich nicht erfolgen, sondern voraussichtlich erst zu Beginn des Jahres 2016. Dies alles sind entscheidende Fakten, die einen erheblichen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der Bürger unserer Stadt haben. Hinzu kommt, dass es keinen zwingenden Grund gibt, das Referendum bereits am 29. November 2015 abzuhalten. Dieses Datum ist ausschließlich politischer Wille von Teilen der Bürgerschaft.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

Das Referendum über die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg – aktuell festgesetzt auf den 29. November 2015 – wird in Abstimmung mit dem Senat (Artikel 50 Absatz 4b S. 4 HV) auf einen Zeitpunkt verschoben, welcher hinter der Validierung der Zahlen und Sachverhalte des Hamburger Senats, der Veröffentlichung einer Kosten-Nutzen-Analyse und einer verbindlichen Zusage des Bundes zur Übernahme der Kosten, die den Hamburger Anteil überschreiten, liegt.